



Nr. 21

23. Juni 2017

Inhalt

[dbb Spitze stellt Digitalisierung im öffentlichen Dienst in den Fokus+++](#)

[Dauderstädt: Beihilfe und PKV gehören zusammen+++](#)

[Steuergerechtigkeit: Nur mit funktionierender Verwaltung -](#)

[DSTG Chef Eigenthaler im Amt bestätigt+++](#)

[Sozialverwaltung: Wichtiger Dienst für gesellschaftlichen Zusammenhalt+++](#)

[Brexit: Konsequenzen für Briten im öffentlichen Dienst+++](#)

[Silberbach fordert weniger Bürokratie bei EU-Fördermitteln+++](#)

[Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung:](#)

[Soziale Berufe endlich aufwerten+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb berlin übt scharf Kritik an Besoldung für Hauptstadtbeamte+++](#)

[Thüringen: Signal der Wertschätzung an die Beamten+++](#)

[Sachsen: Besoldungserhöhung beschlossen+++](#)

[„Jamaika“ in Schleswig-Holstein: dbb Landebund formuliert Erwartungen+++](#)

[BBB lobt Wertschätzung für den öffentlichen Dienst in Bayern+++](#)

[dbb Hessen: Entwurf für Besoldungsgesetz setzt](#)

[richtiges Zeichen+++](#)

[dbb sachsen-anhalt: Gegen individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten+++](#)

[DPhV für Rückkehr zum G9+++](#)

[VBE will verbindliche Kriterien für Bau und Sanierung von Schulen+++](#)

[VDR: Realschulen und differenzierte Bildungswege stärken+++](#)

[Bildungsstudie: Gute Bewertung für Bildungsgerechtigkeit und](#)

[Lehrkräfte+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb



dbb-Spitze stellt Digitalisierung im öffentlichen Dienst in den Fokus

(dbb) Bei hochrangig besetzten Veranstaltungen haben Spitzenvertreter des dbb über die Herausforderungen für den öffentlichen Dienst durch die Digitalisierung der Arbeitswelt gesprochen. So waren die damit verbundenen massiven Veränderungen ein Thema des 8. Zukunftsgespräches, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel am 14. Juni 2017 mit führenden Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern im brandenburgischen Schloss Meseberg zusammentraf.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssten sich möglichst rasch mit neuen Bildungsangeboten auf diese Herausforderungen einstellen, sagte Merkel. Zugleich gelte es, soziale Standards zu beachten und Arbeitsplätze zu erhalten. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt nutzte die Gelegenheit, um auf den Zusammenhang zwischen der Einbindung von Personal- und Betriebsräten und der erfolgreichen Umsetzung neuer Arbeitsmethoden hinzuweisen. „Ein Abriss in der Mitbestimmung führt zu einem Abriss in der Mitnahme der Beschäftigten“, mahnte Dauderstädt und verwies auf die von dbb und DGB gemeinsam in Auftrag gegebene Pilotstudie zur Beteiligung bei IT-Einführungsprojekten.

Einen „analogen Stillstand“ sieht auch dbb Vize-Hans-Ulrich Benra auf den öffentlichen Dienst und dessen Funktionsfähigkeit zukommen, „wenn Dienstherrn und Arbeitgeber die Herausforderungen des digitalen und demografischen Wandels nicht endlich gemeinsam mit den Beschäftigten engagiert angehen. Der öffentliche Dienst darf die Zukunft nicht verschlafen“, warnte der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb anlässlich des „wegweiser Zukunftskongress Staat & Verwaltung“ am 20. Juni 2017 in Berlin. „Wenn der Staat auch in Zukunft handlungsfähig bleiben soll, muss er sich um den knapper werdenden qualifizierten Nachwuchs bemühen, und dieser Nachwuchs muss ihm im Sinne einer Investition auch etwas wert sein. Das beginnt mit der umfassenden Qualifizierung der Nachwuchskräfte und schließt die altersgerechte Fort- und Weiterbildung der berufs- und lebenserfahrenen Beschäftigten mit ein“, forderte Benra. Die Bewältigung der Digitalisierung sei aber nicht nur eine Frage des Personals. Allein der Blick auf die jüngsten Verwerfungen bei den IT-gestützten Datenabgleichen zwischen Bundes- und Landesbehörden aus den Bereichen Sicherheit und Sozialleistungen zeige, „dass Staat und Verwaltungen die vorhandenen Möglichkeiten der Digitalisierung bei Weitem nicht nutzen, geschweige denn ausschöpfen“. Auch für die Beschäftigten sei das „analoge Verharren oftmals eine Zumutung: Die meisten

wissen, was technisch möglich wäre, sind aber quasi von Amts wegen gezwungen, Ergebnisse unter diesem Limit zu liefern“, erklärte Benra.

Die Beschäftigten seien mit Blick auf die im Zuge des digitalen Wandels notwendigen notwendigen Strukturreformen tatsächlich weit von Euphorie entfernt, wie der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 19. Juni 2017 vor einem Spitzengespräch mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles in Berlin deutlich machte. „Es gibt enormen Nachholbedarf, der aufgrund derzeit fehlender oder falsch eingesetzter Finanzmittel nicht gedeckt werden kann“, sagte Silberbach zur Begründung. Zu dem Meinungs austausch hatte die Ministerin vor dem Hintergrund des Fünften Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung „Lebenslagen in Deutschland“ eingeladen, um mit Sozialpartnern aktuelle Entwicklungen zu erörtern und Handlungsbedarf aufzuzeigen. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Mehrzahl der Beschäftigten in Deutschland von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitiert, andererseits jedoch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht am Aufschwung teilhaben oder sogar Reallohnverluste hinnehmen müssen. Auch im Rahmen des Dialogprozesses „Arbeiten 4.0“ sei deutlich geworden, dass bislang bewährte Instrumente der Teilhabe der Beschäftigten am wirtschaftlichen Aufschwung nicht mehr für alle Betroffenen in gleichem Maße wirken. Der dbb, so Silberbach, unterstreiche daher die Aussage aus dem Bericht, dass „eine Politik, die Leistungsgerechtigkeit herzustellen versucht und Teilhabechancen verbessert, vielleicht keine ausreichende, aber sicher eine notwendige Voraussetzung ist, um Zusammenarbeit und Vertrauen zu stärken“.

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann stand am 15. Juni 2017 als Expertin für Sozialpolitik den Bürgerinnen und Bürgern beim Bürgerdialog der Europa-Union Deutschland „Und jetzt, Europa? Wir müssen reden!“ in Potsdam Rede und Antwort. „Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt sehr rasant und nachhaltig. In diesem Prozess

müssen wir die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schützen und anpassen. Und dies sollten wir auf europäischer Ebene tun, denn die Grundfreiheiten des Binnenmarktes müssen garantiert sein“, sagte Hollmann

„Die Digitalisierung betrifft uns alle, vollkommen ortsunabhängig. Dieser Herausforderung müssen wir uns jetzt stellen.“
(01/21/17)

Dauderstädt: Beihilfe und PKV gehören zusammen

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 22. Juni 2017 das Zusammenspiel aus Beihilfe und Privater Krankenversicherung (PKV) gewürdigt: „Sie passen zusammen wie Topf und Deckel.“

Die Beihilfe ist das eigenständige Krankensicherungs-system für Beamte. Dabei wird etwa im Krankheitsfall ein Teil der Kosten im Rahmen der Fürsorgepflicht vom Dienstherrn übernommen, der andere Teil muss vom Beamten selbst über eine PKV abgesichert werden. „Diese Aufteilung ist bewährt. Beihilfefähige Tarife der Gesetzlichen Krankenversicherung sind dagegen nicht nur abrechnungstechnisch schwer vorstellbar, sondern auch in der juristischen Konstruktion“, sagte Dauderstädt bei der Mitgliederversammlung des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen.

Allen Bestrebungen in Richtung einer sogenannten „Bürgerversicherung“ werde der dbb daher weiter konsequent entgegenzutreten, da damit das Beihilfesystem insgesamt in Frage gestellt werde. „Wir wollen die Beihilfe aber

nicht preisgeben. Ohne sie verliert der Beamtenstatus wesentlich an Attraktivität, und die Chancen bei der ohnehin schon schwierigen Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung im öffentlichen Dienst schwinden weiter“, warnte der dbb Chef.

Das Gesundheitssystem in Deutschland habe national und international einen guten Ruf. Der medizinische Fortschritt werde dabei nachhaltig durch Transfers aus der PKV finanziert, deren wichtigste Kunden mit einem Anteil von 42 Prozent wiederum die aktiven und im Ruhestand befindlichen Beamten seien. „Vom Zusammenwirken der Beihilfe und der PKV profitieren letztlich alle Versicherten“, so Dauderstädt.
(02/21/17)

Steuergerechtigkeit: Nur mit funktionierender Verwaltung – DSTG-Chef Eigenthaler im Amt bestätigt

(dbb) „Ohne neutrale und kompetente Umsetzung bleibt auch die beste Steuergesetzgebung wirkungslos. Deshalb beginnt Steuergerechtigkeit immer mit einer funktionierenden Verwaltung“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 21. Juni 2017.

Die Arbeit der Steuerverwaltung sei damit auch entscheidend für die Bereitschaft der Bürger, ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens zu leisten. „Wird dort beim Personal gespart, gräbt sich der Staat selbst das Wasser ab“, so der dbb Chef beim Gewerkschaftstag der Deutschen-Steuer-gewerkschaft (DSTG) in Hannover. „Daher ist es absolut unverständlich, dass die Politik trotz eindringlicher Warnungen so wenig gegen Unterbesetzung und Überlastung in den Finanzbehörden unternimmt.“

Um ausreichend Personal gewinnen zu können, müssten attraktive berufliche Perspektiven geschaffen werden. „Die Qualität der Aus-

bildung ist absolute Spitze. Nicht umsonst rekrutieren sich viele Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus den Reihen der Absolventen des öffentlichen Dienstes. Will der Staat diese Abwanderung stoppen, muss er in wettbewerbsfähige Bezahlung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die stabile soziale Absicherung von Lebensrisiken investieren. Oder kurz: Er braucht Beamte, und er muss sie wertschätzen.“

Dauderstädt gratulierte der neugewählten DSTG-Bundesleitung um den Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler, der mit 96,8 Prozent in seinem Amt bestätigt wurde. Eigenthaler ist zugleich stellvertretender dbb Bundes-

vorsitzender. Florian Köbler, Karl-Heinz Leverkus, Andrea Sauer-Schnieber und Michael Volz wurden zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Die Bundesleitung teilte mit, dass sie den Markenkern der DSTG im Team weiter ausbauen und gemeinsam der

Steuergerechtigkeit Stimme und Gehör verschaffen wolle – ganz nach dem Motto des 18. Steuer-Gewerkschaftstages „Wir sind Steuergerechtigkeit!“.
(03/21/17)

Sozialverwaltung: Wichtiger Dienst für gesellschaftlichen Zusammenhalt

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die Arbeit der Beschäftigten in der Sozialverwaltung gewürdigt. „Durch ihren Einsatz etwa in Schwerbehindertenangelegenheiten erbringen die Kolleginnen und Kollegen einen wichtigen Dienst für den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, sagte Dauderstädt beim Bundesdelegiertentag der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) am 19. Juni 2017 in Fulda.

Die Leistungserbringung für Menschen, die besonderer Unterstützung bedürfen, sei ein wichtiger Teil der staatlichen Fürsorge. Das erledigten die Beschäftigten mit viel Einfühlungsvermögen und Bürgernähe. „Dabei wurde ihnen die Arbeit in vergangenen Jahren durch die Umstrukturierungen und der teilweisen Kommunalisierung der Sozialverwaltung in vielen Bundesländern nicht gerade leichter gemacht“, so Dauderstädt. „Die Politik muss in solchen Fällen – und das gilt für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes – lernen, die Beschäftigten und die Gewerkschaften als Vertre-

ter von deren berechtigten Interessen noch besser einzubinden.“

Dies zeige sich auch derzeit bei der Digitalisierung der Arbeitswelt. Moderne IT könne eine Bereicherung sein. Dauderstädt: „Gerade in der Sozialverwaltung, wenn individuelle Lösungen für Leistungsberechtigte gefunden werden müssen, darf die Arbeit aber nicht nur einem Algorithmus überlassen werden. Für Bürger und Beschäftigte gilt das Motto der GdV: Der Mensch steht im Mittelpunkt.“
(04/21/17)

Brexit: Konsequenzen für Briten im öffentlichen Dienst

(dbb) Die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) haben begonnen. Dieser einmalige Vorgang wirft beamtenrechtliche Fragen auf, nicht nur für die britischen EU-Beamten und die Finanzierung von deren Pensionen. Auch für britische Staatsangehörige, die in den deutschen öffentlichen Dienst gehen wollen, ist die Lage problematisch, sagte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Volker Stich am 19. Juni 2017: „Mit dem Brexit werden die Zugangsvoraussetzungen so nicht mehr gegeben sein.“

Voraussichtlich ab März 2019, nach dem Ende der zweijährigen Frist für die Austrittsverhandlungen, seien die Briten keine EU-Bürger mehr. „Das deutsche Beamtenstatusgesetz nennt die EU-Bürgerschaft aber als eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme in den Beamtenstatus. Es ist völlig offen, wie sich die Einstellungspraxis in der Zwischenzeit entwickeln wird“, so Stich. Die Rechtslage sei aber auch für bereits vorhandene Beamte fraglich. „Bundes- und Landesrecht sehen vor, dass kraft Gesetzes entlassen ist, für wen die Voraussetzungen für eine Verbeamtung nicht mehr vorliegen. Das Bundesbeamtengesetz lässt zwar Ausnahmen von dieser Regel zu. Das gilt aber nicht für die Landesbeamtengesetze. Und die meisten Fälle verbeamteter

britischer Staatsangehöriger werden wir in den Bundesländern haben.“

„Die Bundesregierung kennt dieses Problem, aber sie wartet ab“, vermutet Stich. Die Regierung wolle den Ergebnissen der Brexit-Verhandlungen zwischen EU und Großbritannien nicht durch gesetzliche Regelungen vorgehen, die hiesige Beamte britischer Herkunft schützen würden. „Schließlich ist gerade die Freizügigkeit ein Hauptstreitpunkt zwischen London und Brüssel.“ Nicht wenige Betroffene hätten zwar längst die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt, wodurch sich das Problem in diesen Fällen erledige. Das gelte aber nicht für alle. „Die Weiterbeschäftigung der britischen Beamten in Deutschland könnte mit dringenden dienstlichen Bedürfnissen begründet werden. Aber eine solche Hilfslösung führt zu

rechtlichen Problemen, etwa wenn es Rechtsstreit zwischen Betroffenen und anderen Beamten um eine Beförderung geht.“ Stich plä-

diert daher für eine rechtlich eindeutige Lösung.
(05/21/17)

Silberbach fordert weniger Bürokratie bei EU-Fördermitteln

(dbb) Bei Fördermitteln der Europäischen Union (EU) gibt es inzwischen so hohe Anforderungen an die Antragsteller, dass die Verwaltungslasten den Nutzen der Fördermittel inzwischen teilweise in Frage stellen, kritisierte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 14. Juni 2017. „Das betrifft vor allem die Städte und Gemeinden und dort die Kolleginnen und Kollegen in den Kommunalverwaltungen. Die Europäische Kommission sollte prüfen, ob eine Vereinfachung der Verfahren ohne Kontrollverlust und höhere Missbrauchsanfälligkeit möglich ist.“

„Zu viele bürokratische Vorschriften und Erfordernisse belasten nicht nur die Bürger und Unternehmen, sondern auch die Verwaltung und ihre Mitarbeiter“, so Silberbach. „Wir brauchen weniger und dafür klare Vorgaben, wenn wir unsere Kommunalverwaltung und insbesondere kleinere Gemeinden nicht überlasten

wollen. Das gilt für EU-Förderprogramme, aber auch für europaweite Ausschreibungen. Europa muss näher an die Menschen herankommen. Überkomplizierte Förderrichtlinien helfen dabei nicht.“
(06/21/17)

Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung: Soziale Berufe endlich aufwerten

(dbb) Die von der Bundesregierung im Zweiten Gleichstellungsbericht geforderte Aufwertung der Berufe im Sozial- und Care-Bereich ist laut dbb bundesfrauenvertretung längst überfällig. „Mein Tipp an die Politik: Nicht länger drüber reden, sondern endlich machen. Damit bringen wir die Gleichstellung in Deutschland entscheidend voran“, forderte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 22. Juni 2017.

Deutschland könne sich auch aus wirtschaftlicher Sicht die „Schlamperei bei der Gleichstellung“ nicht länger leisten. „Jede gut ausgebildete Frau, die wir nicht im Job halten, deren Potenzial wir nicht ausschöpfen, bedeutet einen wirtschaftlichen Verlust für unser Land“, machte Wildfeuer unmissverständlich klar.

Vor allem im öffentlichen Dienst, dem Arbeitgeber Nummer 1 für die weibliche Bildungselite, müssten weibliche Erwerbsverläufe als führungstauglich eingestuft und die Leistung von Teilzeitkräften entsprechend anerkannt werden. „Familie hat zu wenig Platz in unserer Arbeitswelt. Das muss sich radikal ändern. Nur wenn wir wegkommen von der Leistungsbeurteilung, die sich an der reinen Arbeitszeit orientiert, haben auch Frauen mit Familien-

pflichten eine faire Chance, verantwortungsvolle und gut dotierte Positionen zu erlangen. Das geht nur mit gendergerechten Beurteilungs- und Beförderungsverfahren, die auch die Gleichstellungsbemühungen der Vorgesetzten berücksichtigen. Das heißt: Wer Gleichstellung nicht fördert, soll mit Sanktionen rechnen müssen. Hierin sehen wir einen klaren Auftrag an die künftige Bundesregierung“, so Wildfeuer.

Zudem müssten stärkere Anreize geschaffen werden, damit Männer und Frauen Familien- und Erwerbsarbeit zu gleichen Teilen übernehmen können. „Steuerrechtlich und familienpolitisch haben wir hier noch viel Luft nach oben.“
(07/21/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin übt scharf Kritik an Besoldung für Hauptstadtbeamte

(dbb) Der Senat von Berlin hat seinen Entwurf zur Erhöhung der Beamtenbesoldung in der Hauptstadt vorgestellt und damit scharfe Kritik vom dbb berlin geerntet. „Mit Wertschätzung der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen hat dies wahrhaftig gar nichts mehr zu tun. Die Beamtinnen und Beamten sind stinkesauer, weil sie sich insbesondere durch die verspätete Erhöhung ihrer Besoldung an frühere Senatszeiten zurückerinnern und sich regelrecht – mit Verlaub – durch den Senat von Berlin verarscht vorkommen. Wir dachten diese Zeiten wären ein für alle Mal vorbei“, so der dbb Landesvorsitzende Frank Becker.

„Ernst kann der Berliner Senat seinen Entwurf zur Erhöhung der Beamtenbesoldung in Berlin doch wohl wirklich nicht meinen. Mit den geplanten Maßnahmen lässt sich das Ziel nicht erreichen, sich bei der Besoldung in das Mittelfeld der Bundesländer zu bringen“, so Becker weiter. Zum einen seien die geplanten Erhöhungen viel zu niedrig. Vor allem aber lägen die Termine für die Erhöhungen mit dem 1. August jeweils viel zu spät. Der Bund und selbst das Land Brandenburg erhöhten die Besoldung jeweils zum 1. Januar. „Wir hoffen sehr, dass die Abgeordneten im Parlament dieses Spielchen, was ausschließlich dazu dienen soll, Kosten einzusparen, erkannt haben und hier entsprechend gegensteuern. Ganz im Sinne der Gerechtigkeit und der Wertschätzung der Arbeit der Beamtinnen und Beamten – auch in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Juli eines jeden Jahres“, sagte Becker.

Mit einer Postkartenaktion "Wer uns quält, wird nicht gewählt!" will der dbb berlin daher die Abgeordneten der Regierungsfractionen im Berliner Abgeordnetenhaus für die dringende Notwendigkeit von Nachbesserungen am Senatsentwurf und für eine gerechte Besoldung sensibilisieren, die die Betroffenen selbst an ihre Parlamentarier schicken können. „Ihre Partei ist in Regierungsverantwortung und verweigert den Berliner Landesbeamten weiterhin eine Besoldungsperspektive, die den enormen Unterschied zu den anderen Bundesländern ausgleicht. Ich fühle mich verraten und missbraucht“, heißt es unter anderem auf den Postkarten, die flächendeckend an die Beschäftigten in den Berliner Dienststellen verteilt werden und in der Landesgeschäftsstelle des dbb berlin bestellt werden können.
(08/21/17)

Thüringen: Signal der Wertschätzung an die Beamten

(dbb) Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen hat die Entscheidung des Thüringer Landtages begrüßt, das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder zeitgleich ab dem 1. Januar 2017 auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen. Die sei „ein Signal der Wertschätzung an die Beamten“, sagte tbb Chef Helmut Liebermann.

Mehrfach hatte der tbb zuvor in Stellungnahmen deutlich gemacht, dass die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses ein „Muss“ für die Beamten in Thüringen sei. Umso erfreulicher sei es, dass sich diese Mühen nun ausbezahlt und der Freistaat gegenüber anderen Bundesländern nicht zurückbleibe. „Um eine genauere Bewertung abzugeben, müssen wir abwarten, welche Änderungsanträge abgegeben werden“, so Liebermann. Zudem müsse man die „bittere Pille“ schlucken, dass sich das

Gesetzgebungsverfahren aufgrund einer erneuten Anhörung verzögere.
(09/21/17)

Sachsen: Besoldungserhöhung beschlossen

(dbb) Der Sächsische Landtag hat am 21. Juni 2017 das Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge einstimmig beschlossen. Außerdem wurde eine Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes verabschiedet. Vorangegangen waren Gespräche mit dem SBB - Beamtenbund und Tarifunion Sachsen und weiteren Gewerkschaften. „Ein gemeinsamer Weg ist mit einem guten Ergebnis abgeschlossen“, so die SBB-Vorsitzende Nannette Seidler am 21. Juni 2017.

Mit dem Gesetz werde die Erhöhung der Tarifgehälter bei der Besoldung nachvollzogen: Beamten erhalten ab 1. Januar 2017 zwei Prozent mehr Besoldung und ab 1. Januar 2018 eine weitere Erhöhung um 2,35 Prozent. Anschließend erhöht sich die Besoldung nochmals um 1,12 Prozent in der Endstufe. Dasselbe gilt für Versorgungsempfänger, für Nachwuchskräfte gelten besondere Regelungen. Mit der Änderung des Sächsischen Beamtengesetzes erhalten Lehrkräfte rückwirkend ab 1. Januar 2017 für geleistete Mehrarbeit statt Dienstbefreiung eine Mehrarbeitsvergütung ab der ersten Stunde.

Seidler will die Diskussion über den öffentlichen Dienst in Sachsen mit allen Beteiligten

fortsetzen. Die Arbeit der entsprechenden 2014 eingesetzten Kommission die den öffentlichen Dienst hinsichtlich seiner Aufgaben sowie der daraus resultierenden Personal- und Sachausstattung umfassend zu evaluieren sollte, sei bemerkenswert gewesen. „Wir möchten eine offene und sachliche, aber auch ehrliche Diskussion zur Zukunft des öffentlichen Dienstes in Sachsen. Wir wollen Wege aufzeigen, damit Sachsen nicht gegen die Wand fährt. Wir werden gemeinsam mit allen Beteiligten über Lösungen diskutieren und nicht nur auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, sondern in den Herausforderungen vor allem Chancen sehen – für den öffentlichen Dienst und für Sachsen.“
(10/21/17)

„Jamaika“ in Schleswig-Holstein: dbb Landebund formuliert Erwartungen

(dbb) Der dbb Landesbund in Schleswig-Holstein (dbb sh) hat seine Erwartungen an die neue, von einer „Jamaika“-Koalition aus CDU, FDP und Grünen getragene Landesregierung formuliert und die Zusammenarbeit angeboten. Eine erfolgreiche Arbeit sei nur möglich mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. „In diesem Zusammenhang ist es unverzichtbar, dass durch hinreichend attraktive Rahmenbedingungen qualifizierte Beschäftigte gewonnen und gebunden werden können“, teilte der dbb s-h am 20. Juni 2017 mit.

Den Koalitionsvertrag der Parteien biete diesbezüglich bereits Anlass zur Kritik „Wenn die Lebensbedingungen der Tiere eine größere Leidenschaft erfahren als die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, dann machen wir uns schon unsere Gedanken“, so der Vorsitzende des dbb Landesbundes, Kai Tellkamp. Ausnahmen bildeten Polizei und Justiz, wo eine Wertschätzung sowie Bekenntnisse zu einer angemessenen Personalausstattung zu

verzeichnen seien. „Wir warnen aber vor einer oberflächlichen Betrachtung des Rechtsstaates“, so Tellkamp. „Ein Rechtsstaat erfordert nämlich nicht nur das Funktionieren von Polizei und Justiz, sondern aller Bereiche, in denen Gesetze verlässlich umgesetzt werden müssen – und das ist im Grunde die gesamte öffentliche Verwaltung.“
(11/21/17)

BBB lobt Wertschätzung für den öffentlichen Dienst in Bayern

(dbb) Das Gesetz zur Anpassung der Besoldung von Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern wurde mit Zustimmung aller Parteien im Landtag verabschiedet. „Ein Volltreffer, was das Datum angeht“, sagte Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) mit Blick auf den Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2017. Dies sei ein deutliches Zeichen der Anerkennung für den öffentlichen Dienst in Bayern.

Bayern betone die wichtige Rolle der Verwaltung im Staat wie kein anderes Bundesland. Wie erfolgreich man damit sei, zeige sich immer wieder in den Veröffentlichungen der Rating-Agenturen. Auch weit über die Landesgrenze hinaus genießt der bayerische öffentliche Dienst demnach einen hervorragenden Ruf. Zu verdanken sei das einem zielstrebigem und von gegenseitigem Respekt getragenen Zusammenwirken von Dienstherren und Beschäftigten zur stetigen Weiterentwicklung der Rechtgrundlagen, die das Arbeitsleben von mehr als 300.000 aktiv Beschäftigten regeln.

„Nirgendwo lassen sich Privat- und Berufsleben in jeder Lebensphase so gut unter einen Hut bringen, wie hier in Bayern“, lobte Habermann. Damit stehe Bayern als Arbeitgeber ganz vorn. Auf dieser Grundlage wolle man auch künftig den öffentlichen Dienst weiter voranbringen. „Jeden Tag ein bisschen besser“, verlangt der BBB-Chef „mit Partnern, wie wir sie in der Staatsregierung, den Ministerien und dem Landtag haben, ein realistisches Ziel.“

(12/21/17)

dbb Hessen: Entwurf für Besoldungsgesetz setzt richtiges Zeichen

(dbb) Der dbb Hessen hat am 19. Juni 2017 seine Stellungnahme zum Gesetz über die Besoldungs- und Versorgungsanpassung der Landes- und Kommunalbeamten veröffentlicht. Mit dem Gesetzentwurf sei eine entscheidende Kurskorrektur vorgenommen worden, und die Landesregierung sende seit Beginn der Legislaturperiode zum ersten Mal ein wichtiges und richtiges Zeichen an die hessischen Beamten.

So rücke die Landesregierung – wie vom dbb Hessen lange gefordert – beispielsweise endlich von der 1-Prozent-Deckelung der Besoldung ab. Diese werde zum 1. Juli 2017 linear um zwei Prozent, mindestens aber 75 Euro, und zum 1. Februar 2018 um weitere 2,2 Prozent erhöht. Gleiches gelte für die Versorgung. Die Anwärterbezüge stiegen zur gleichen Zeit jeweils um 35 Euro. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung reiche die Erhöhung insgesamt allerdings nicht aus: So müsse etwa in den unteren Besoldungsgruppen die Nettoalimentation den erforderlichen Mindestabstand zur

staatlichen Grundsicherung einhalten. Dafür sei eine weitere Erhöhung erforderlich. In seiner Stellungnahme begrüßte der dbb Hessen außerdem die zwar nicht im Gesetzentwurf geregelten, aber von der Landesregierung angekündigte Verkürzung der Wochenarbeitszeit unter Beibehaltung des Lebensarbeitszeitkontos sowie die Einführung einer landesweit gültigen Freifahrtregelung für alle Beamten in den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs.

(13/21/17)

dbb sachsen-anhalt: Gegen individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten

(dbb) Der dbb sachsen-anhalt lehnt die am 20. Juni 2017 beschlossene Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei geschlossenen Einsätzen ab, weil es dafür keinen fachlichen Grund gebe. „Die CDU mit Innenminister Holger Stahlknecht – in der vergangenen Legislaturperiode noch eindeutiger Gegner einer Kennzeichnungspflicht – ist vor SPD und Grünen eingeknickt. Der Beschluss dazu ist politisch motiviert“, sagte der dbb Landesvorsitzende Wolfgang Ladebeck.

Aktuell seien Polizisten in geschlossenen Einsätzen bereits mit einer landeseinheitlichen taktischen Kennzeichnung ausgestattet. Diese ermögliche es, jederzeit die Zugehörigkeit einzelner Einsatzkräfte zu bestimmten Einheiten festzustellen. Bei Beschwerden über Fehlverhalten oder bei Strafanzeigen könnten sie damit zur zweifelsfreien Ermittlung der betreffenden Polizisten führen. „Das Vertrauen der

Polizei stellt man nicht her, in dem man den Polizisten Zahlenfolgen auf den Rücken der Uniform heftet, sondern durch professionelle und vertrauensvolle Arbeit“, sagte Ladebeck.

Im Gegensatz zur individuellen Kennzeichnungspflicht begrüße der dbb die ebenfalls beschlossene Einführung von Körperkameras. „Body-Cams dienen in Konfliktsituationen zur

Deeskalation, indem aggressives Verhalten gegenüber den Kollegen allein durch den Einsatz der Kamera unterbunden wird“, so Lade-

beck, der auch Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) ist. (14/21/17)

DPhV für Rückkehr zum G9

(dbb) Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, hat am 16. Juni 2017 mit Blick auf Baden-Württemberg eine Rückkehr zur neunjährigen Gymnasialzeit (G9) gefordert. Mit Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sei inzwischen die Mehrzahl der bevölkerungsreichsten Bundesländer in Deutschland zur neunjährigen Gymnasialzeit zurückgekehrt. Baden-Württemberg weigere sich aber nach wie vor, dem Elternwillen nachzugeben und die Möglichkeit zu einer längeren Gymnasialzeit über die genehmigten 44 Modellschulen hinaus auszuweiten.

Bei den Neuanmeldungen für die Gymnasien vor einigen Wochen sei der Ansturm auf diese 44 G9-Gymnasien so stark gewesen, dass viele Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden mussten. Meidinger warf der Landesregierung in Stuttgart daher Bevormundung der Schüler und Eltern vor: „Auf massiven Druck der baden-württembergischen Grünen wurde im grün-schwarzen Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass der Wille einer Mehrheit

von 80 Prozent der Bevölkerung für ein G9 an allen Gymnasien in Baden-Württemberg ignoriert wird. Es ist jetzt dringend geboten, diese Entscheidung zu korrigieren, wollen die Grünen nicht weiter als Bürger-Bevormundungspartei und Verfechter einer ideologischen Schulpolitik wahrgenommen werden.“ (15/21/17)

VBE will verbindliche Kriterien für Bau und Sanierung von Schulen

(dbb) Investitionen in Schulbau und Schulsanierung müssen an verbindliche Kriterien geknüpft sein, um leistungsfähigen Schulbau zu garantieren. Das fordert der Verband Bildung und Erziehung (VBE) gemeinsam mit dem Bund Deutscher Architekten (BDA), die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft am 20. Juni 2017. Leistungsfähige Schulen müssten unter anderem eine Architektur und ein Raumprogramm haben, die auf einem pädagogischen Gesamtkonzept basieren.

Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann erklärt: „Wir erleben große Umbrüche in der Bildungslandschaft. Inklusion, Integration und Digitalisierung lassen sich nur bewältigen, wenn der Schulbau hierauf ausgerichtet ist – in einem Gesamtkonzept, das diesen Namen verdient. Die Politik darf den Raum als 3. Pädagogen nicht länger zu Gunsten von kurzlebigen Lösungen vernachlässigen. Pädagogisch leistungsfähige Schulbauten sind ein bedeutender Baustein, Lehrkräften einen gesunden und sicheren Ort zum Arbeiten bereitzustellen und die Schülerinnen und Schüler optimal fördern zu können.“

darf in Höhe von 34 Milliarden Euro sowohl für Sanierungen als auch Schulneubau und -erweiterungen. Mit dem kürzlich gelockerten Kooperationsverbot könne der Bund künftig finanzschwache Kommunen mit 3,5 Milliarden Euro direkt bei der Sanierung von Schulen unterstützen. Diese müsse sich an den von den drei Organisationen herausgegebenen „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland“ orientieren. Neben dem pädagogischen Gesamtkonzept gehören zu den Leitlinien beispielsweise auch die funktionalen und ästhetischen Qualitäten sowie Langlebigkeit und Wirtschaftlichkeit im Betrieb. (16/21/17)

Nach Umfragen der KfW-Bank gäbe es für die Schulen in Deutschland einen Investitionsbe-



VDR: Realschulen und differenzierte Bildungswege stärken

(dbb) Mit Blick auf die abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen der künftigen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hält der Bundesvorsitzende des Verband Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, die Zeit für gekommen, einer ideologisch geprägten Schul- und Bildungspolitik in einzelnen Bundesländern endgültig den Rücken zu kehren. „Die mit der Regierungsbildung beauftragten Parteien in beiden Bundesländern sind nun gefragt, sich klar zu den differenzierten Bildungswegen zu bekennen und gerade die Realschulbildungsgänge umfassend zu stärken“, sagte Böhm am 22. Juni 2017.

„In den letzten Jahren hat sich gezeigt, wie fatal es für die Jugendlichen und das Leistungsniveau ist, sich von bewährten Bildungswegen abzuwenden und ideologischen Wunschträumen nach dem ‚Abi-light für alle‘ hinterher zu jagen. Es darf künftig nicht nur um Abiturquoten und das Hochschulstudium gehen, sondern gerade um die Stärkung hoch-

wertiger mittlerer Bildungswege und die Wertschätzung der beruflichen Bildung. Die Zukunft liegt eben nicht nur in der Frage nach ‚G8 oder G9‘, sondern darin, wie der Übergang der jungen Menschen in ein erfolgreiches Berufsleben erfolgt“, so Böhm.
(17/21/17)

Bildungsstudie: Gute Bewertung für Bildungsgerechtigkeit und Lehrkräfte

(dbb) Die beiden dbb Mitgliedsgewerkschaften Deutscher Philologenverband (DPHV) und Verband Bildung und Erziehung (VBE) haben verschiedene Ergebnisse der „4. Nationalen JAKO-O Bildungsstudie“ am 22. Juni 2017 als positiv bewertet. Der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger freute sich über die steigende Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Schulen, da diesen die Förderung der Bildungsgerechtigkeit immer besser gelinge. Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann begrüßte die Anerkennung für die Pädagogen: „Eltern bewerten die Arbeit der Lehrkräfte mit der Note 2,5. Das ist ein positives Signal an die Lehrerschaft und zeigt die Wertschätzung für ihre Arbeit.“

Im Bereich der Digitalisierung zeige sich allerdings auch „eine hohe Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit“, so Beckmann weiter. So sei ein Ergebnis, dass sich 41 Prozent der befragten Eltern wünschen, dass ihren Kindern Computer- und Internetkenntnisse vermittelt würden. „Die Lehrkräfte sehen die Vorteile der Unterstützung ihres Unterrichts durch digitale Angebote. Zudem ist es uns ein Anliegen, Medienkompetenz zu vermitteln, damit keine negativen Folgen aufgrund eines zu hohen oder unreflektierten Medienkonsums entstehen. Ohne die entsprechende Ausstattung der Schulen, ohne die Fortbildung der Lehrkräfte und ohne entsprechende pädagogische Konzepte kann dies jedoch nicht umgesetzt werden. Hier ist die Politik im Zugzwang.“

DPHV-Chef Meidinger sieht durch die Studie die Arbeit der Gymnasien bestätigt: Mit Bayern habe das Bundesland die besten Noten für Bildungsgerechtigkeit bekommen, das am konsequentesten auf ein differenziertes Schulwesen und die Qualität der herkömmlichen Bildungsabschlüsse setze. „Dass mit Berlin ein Bundesland in Fragen der Bildungsgerechtigkeit am schlechtesten abschneidet, das auf eine sechsjährige Grundschule setzt, die Gymnasien systematisch benachteiligt und eine miserable Unterrichtsversorgung aufweist, kann nicht verwundern.“ Auch das Modell der offenen Ganztagschule, das von 90 Prozent der Gymnasien erfolgreich praktiziert werde, gewinne immer Akzeptanz.
(18/21/17)

Namen und Nachrichten

(dbb) Beim 14. Parlamentarischen Abend des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion am 14. Juni 2017 in Hannover hat der NBB-Vorsitzende **Friedhelm Schäfer** die

zahlreich vertretenen Abgeordneten und Vertreter der Landesregierung aufgefordert, Vorbereitungen für die Einrichtung eines Parlamentsausschusses in der nächsten Legislatur-

periode zu treffen, der sich generell federführend und nur mit den Fragen des öffentlichen Dienstes des Landes und seiner Kommunen beschäftigt. Scharfe Kritik äußerte Schäfer an der niedersächsischen Landesregierung wegen ihrer Zustimmung im Bundesrat zum Berliner Entschließungsantrag zur Einheitsversicherung. Wer die Hand an das Beihilfesystem und damit letztlich auch an das Berufsbeamtentum lege, werden den erbitterten Widerstand des NBB zu spüren bekommen.

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt verfolgt das Ziel, den Beförderungsstau im öffentlichen Dienst aufzulösen und hat dafür sowohl 2017 als auch 2018 jeweils fünf Millionen Euro für Beförderungen bereitgestellt. Dieser Betrag reicht nach Auffassung des dbb sachsen-anhalt nicht aus. „Wir haben knapp 2.800 Beförderungsfähige nach Aussage der Landesregierung. Wenn Sie das mal hochrechnen, würde man ungefähr 9 bis 9,5 Millionen Euro brauchen“, sagte dbb Landesvorsitzender **Wolfgang Ladebeck** in einem Interview mit MDR AKTUELL am 15. Juni 2017. Viele Beamte erledigten seit Jahren Aufgaben auf einem höheren Dienstposten, für ihre Beförderung war bisher aber kein Geld da. Einer von acht Beamten warte mittlerweile auf seine Beförderung. Das sorge für Frust und sei ein Motivationskiller.

Die stetigen Bemühungen der Lehrerverbände des **dbb brandenburg** bei den Ministern und den Fraktionen des Landtages haben zum Erfolg geführt: Lehrer der Sekundarstufe I bekommen die Besoldungsgruppe A 13. „Es freut uns, dass unsere Intention zur Steigerung des Ansehens und zur Erhöhung der Einstellungen, besonders im Oberschulbereich, Gehör

gefunden hat“, so die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Kathrin Wiencek am 21. Juni 2017. „Dies sei aber nur ein Teilerfolg und lasse die Lehrkräftegewinnung in den anderen Bereichen außen vor. Außerdem solle die Anerkennung des langfristigen hohen Engagements der Kolleginnen und Kollegen in allen Schulstufen und in der beruflichen Bildung nicht vergessen werden.“

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) **Thomas Liebel** sieht angesichts der steigenden Aufgabenentwicklung und der hohen Anzahl an unbesetzten Dienstposten innerhalb der Zollverwaltung einen dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich des Ausbaus der Ausbildungskapazitäten. Dies auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der Zollverwaltung, da in den nächsten 15 Jahren etwa 40 Prozent des Personal in Ruhestand gingen, wie Liebel im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten und ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesfinanzministerium Hartmut Koschyk (CSU) am 22. Juni 2017 deutlich machte. Die Politik solle dafür Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen, was sich insbesondere in den haushaltspolitischen Beratungen wieder spiegeln müsse.

Die aktuellen Preisträger des Bundeswettbewerbs lyrix, der 2008 vom Deutschlandfunk und dem **Deutschen Philologenverband** (DPHV) initiiert wurde, stehen fest. Bereits zum neunten Mal wurden zwölf Lyriktalente ausgezeichnet, wie der DPhV mitteilte. Der Preis wird beim „poesiefestival berlin“ am 23. Juni 2017 in der Hauptstadt verliehen. (19/21/17)

Kommende Termine:

Europäischer Abend „Demokratie in Gefahr?“
26. Juni 2017, Berlin

4. Seniorenpolitische Fachtagung 2017: „Gesund alt werden – von nix kommt nix“,
Berlin

25. September 2017, Berlin

dbb Medienkonferenz
4./5. Oktober 2017, Berlin